

Neuer Schwung für den Donaauraum

Europapolitik In Ulm diskutieren 170 Fachleute, wie sich die Zusammenarbeit mit den Donau-Anrainerstaaten wieder intensivieren lässt. Potenzial liegt in Bioökonomik und Erneuerbaren Energien. *Von Alexander Bögelein*

Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch gibt sich selbstkritisch: „Die Idee ist richtiger denn je, doch die Donaauraumstrategie hat in den vergangenen Jahren an Schwung verloren.“ Doch das soll sich nun wieder ändern. Vor Beginn des zwölften Donaufestes, das seit 1998 alle zwei Jahre in Ulm stattfindet, trafen sich 170 Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, um zu erörtern, wie die Zusammenarbeit und Austausch der neun EU-Mitgliedsstaaten und fünf nicht EU-Ländern entlang der Donau inklusive der Ukraine verbessert werden kann.

Ulm spielte und spielt bei der vor elf Jahren von den EU-Mitgliedsländern beschlossenen Donaauraumstrategie eine zentrale Rolle. Nicht nur weil hier die Idee entstand – und auf dem Donaufest seit 24 Jahren politische, kulturelle, wirtschaftliche und persönliche Beziehungen entstehen und vertieft werden. Ulms heutiger Wohlstand ist eng mit der Donau und deren Anrainern verbunden. Seit 1712 transportierten die Ulmer regelmäßig Leinen, Wein, und vieles mehr bis nach Budapest und Belgrad.

Frische Impulse nötig

Angesichts der aktuellen Zeitenwende und dem Ukraine-Krieg müsse man nicht nur Europa, sondern auch die Donaauraumstrategie neu denken, sagte Patrick Rapp, Staatssekretär im baden-württembergischen Wirtschaftsministerium, bei einem Pressegespräch. Es gehe nicht nur um den wirtschaftlichen Aufholprozess unserer osteuropäischen Nachbarn, sondern auch um das wirtschaftliche Potenzial für Baden-Württemberg und Europa. Auch sei es wichtig, dass Unternehmen Alternativen zu Zulieferern aus Russland oder anderen autoritären Staaten fänden und ihre Lieferketten diversifizierten.

Um schnelle Kooperationen zu ermöglichen, brauche es drei Dinge: eine intensive Vernetzung der



Impression von 2018: Das Donaufest bietet Kultur, Kulinarik und Austausch. Das nutzen alle zwei Jahre Tausende.

Foto: Volkmar Könneke

Akteure, schnellere Entscheidungen bei Anträgen und Bewilligungen sowie Flexibilität bei der Verwendung europäischer Fördermittel. Für OB Czisch stecken in der Donaauraumstrategie weit mehr als nur wirtschaftliche Aspekte. Es gehe auch darum, den Menschen eine Perspektive für Frieden, Freiheit und Demokratie zu betonen. Dass der Schwung früherer Jahre nicht angehalten habe

begründete Czisch auch mit politischen Besonderheiten in den Donau-Anrainerstaaten. Bei politischen Umwälzungen komme es oft zu einem kompletten Personalwechsel – auch in den Behörden. Was erschwere die Zusammenarbeit, sagte Czisch.

Michael Theurer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, zeigte auf, welche Maßnahmen geprüft wer-

den. Die Bundesregierung arbeite intensiv daran, wie der ukrainische Getreidevorrat von 23 Millionen Tonnen außer Landes gebracht werden kann – trotz der blockierten Seehäfen. Geplant seien die Verlegung von 80 Gleiskilometern. Auch der Bau von Umschlagterminals sei nötig. Denn die europäischen und die russische Spurweite des Schienennetzes weichen voneinander

ab. Das Getreide müsse daher umgeladen werden. Potenzial sieht er in den Donau-Ländern beim Ausbau Erneuerbarer Energien und der Produktion von grünem Wasserstoff ebenso wie bei der Bioökonomie, also der Erschließung von biologischen Rohstoffen für die Wirtschaft. Als Beispiel nannte Theurer die Fertigung von Holzpellets.

Gerade verlässliche Energiequellen seien für Unternehmen extrem wichtig: Die Sorgen in den Unternehmen seien sehr groß, sagte Jan Stefan Roell, Präsident der IHK Ulm. Kurzfristig gehe es darum, den Winter zu überstehen. Langfristig gehe es darum, dass die Politik einen verlässlichen Plan aufstelle, welche Maßnahmen für die Klimaneutralität nötig sind und wann diese begonnen werden müssen: Um die Klimaziele zu erreichen, „ist noch sehr viel Infrastruktur nötig“.

Erläuterten, wie wirtschaftliche Impulse für den Donaauraum aussehen können (v.l.) Gunter Czisch, Patrick Rapp, Michael Theurer und Jan Stefan Roell. Foto: Lars Schwerdtfeger



11

Jahre ist es her, dass die EU mit der Donaauraumstrategie den Grundstein für eine integrierte Entwicklung des Donaauraumes gelegt hat, in dem mehr als 100 Millionen Menschen wohnen.

Bürger bunkern Brennholz

Energie Die Angst vor Gasmangel lässt die Nachfrage nach Holzheizungen und Öfen explodieren.

Sankt Augustin. Holzöfen und Brennholz sind im Zuge des Ukraine-Krieges bundesweit Mangelware geworden. Ofenbauer und Installateure können sich vor Aufträgen besorgter Kunden kaum retten, die eine zusätzliche Heizmöglichkeit einbauen wollen. „Mit Ausbruch des Krieges ist die Nachfrage explodiert“, sagt ein Sprecher des Zentralverbands Sanitär Heizung Klima (ZVSHK). Doch auch ein Ofen garantiert kein warmes Wohnzimmer: Die Brennholzhändler sind ebenfalls mit einem Kundenansturm konfrontiert und können die Nachfrage nicht mehr bedienen. „Der Markt ist leer“, sagt Gerd Müller, Leiter der Geschäftsstelle des Bundesverbands Brennholz.

Auslöser sind sowohl die sprunghaft gestiegenen Gas- und Heizölpreise ebenso wie die Sorge, dass die Heizung im nächsten Winter kalt bleiben könnte. „Die Menschen sind verunsichert oder gar verängstigt“, heißt es beim Zentralverband Sanitär Heizung Klima. Zumindes einige Kunden werden ihren Ofen aber wohl nicht mehr vor Ende des nächsten Winters bekommen. Die Wartezeit liegt laut Verband zum Teil bei einem Jahr.

Bundesweit gibt es 2000 Ofenbaubetriebe. „Die Auslastung zieht sich durch das gesamte Bundesgebiet, sogar über ganz Europa. Das wissen wir durch den Austausch mit europäischen Kollegen.“

Wie andere Handwerksberufe und die Industrie leiden auch Ofenbauer unter Lieferproblemen, was die Abarbeitung der Aufträge zusätzlich verzögert. Das betrifft nicht nur importierte Teile, von denen viele aus China kommen, sondern auch in Deutschland produzierte Teile. Als Beispiel nennt der Verband Schamotte – das sind die feuerfesten Steine, mit denen der Feuerraum eines Ofens ausgekleidet wird.

Was Brennholz betrifft, hat der Mangel eine andere Ursache. Nicht Holz als solches ist knapp, wie Geschäftsstellenleiter Müller erläutert. „Brennholz muss getrocknet werden.“ Das Trocknen an der Luft dauere zwei Jahre und



FOTO: CHRISTIN KLOSE/DPA

Holz gibt es genug – trockenes Brennholz allerdings nicht.

beanspruche riesige Lagerflächen. Deshalb lassen die Händler ihr Holz mit Luftgebläse „technisch“ trocknen. Doch die Kapazitäten sind begrenzt. „Dieses Jahr noch trockenes Brennholz zu bekommen, ist fast unmöglich“, sagt Müller. Im Bundesverband Brennholz sind rund 100 Unternehmen Mitglied, die laut Müller ausschließlich Brennholz aus einheimischer Produktion vermarkten.

Von der Teuerung bei Brennstoffen ist Holz nicht verschont geblieben. Das gilt für Kaminholz ebenso wie Holzpellets. Deren Durchschnittspreis hat sich seit Januar 2021 fast verdoppelt – von damals 238,05 Euro auf 431,56 Euro pro Tonne im Juni. dpa

Stärkung europäischer Firmen

Wettbewerb Die EU will künftig schärfer gegen von Drittstaaten wie China subventionierte Firmen vorgehen.

Brüssel. Unterhändler von Europaparlament und den EU-Staaten haben sich auf ein schärferes Vorgehen gegen wettbewerbsverzerrende Subventionen aus Ländern wie China geeinigt. „Dies ist ein wichtiger Schritt zum Schutz unserer wirtschaftlichen Interessen“, teilte der französische Finanzminister Bruno Le Maire am späten Donnerstagabend mit. Konkret soll die EU-Kommission etwa mehr Prüfmöglichkeiten gegen Firmen haben, die sich auf öffentlich vergebene Aufträge bewerben, aber wettbewerbsverzerrend subventioniert worden sein könnten. Formell müssen EU-Parlament und EU-Länder noch zustimmen.

Basis des Ergebnisses war ein Vorschlag der EU-Kommission. Die EU-Wettbewerbsbehörden sollen im Zweifel staatlich subventionierten Unternehmen aus Drittstaaten die Übernahme von Firmen aus der Union untersagen können. Zudem sollen mit Staatsgeld unterstützte Unternehmen auch von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden können. Auch Meldepflichten für Unternehmen sind vorgesehen.

Chinesische Übernahmen und die Vergabe öffentlicher Aufträge an Firmen aus Fernost stehen schon lange in der Kritik. Der Vorwurf: Wegen viel staatlicher Unterstützung könnten europäische Firmen nicht mehr konkurrieren und würden vom Markt gedrängt. dpa

Duldung für Dämmung

Immobilien BGH legt die Berliner Regelung nicht Verfassungsgericht vor.

Karlsruhe. Um das nachträgliche Dämmen von Altbauten voranzutreiben, darf das Land Berlin betroffenen Nachbarn fürs erste weiter viel zumuten. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat zwar Zweifel, ob die außergewöhnlich weit gehende Regelung in der Hauptstadt noch verfassungsgemäß ist. Die Richter halten es aber nicht für ausgeschlossen, dass der Klimaschutz ein solches Vorgehen rechtfertigt. Deshalb liegen die Voraussetzungen nicht vor, um das Bundesverfassungsgericht einzuschalten, sagte Senatsvorsitzende Bettina Brückner.

Die Regelung im Berliner Nachbarrechtsgesetz gilt für die Sanierung von Altbauten, die exakt bis zur Grundstücksgrenze gehen. In Berlin hat der Nachbar „die Überbauung seines Grundstücks für Zwecke der Wärmedämmung zu dulden, wenn das zu dämmende Gebäude auf dem Nachbargrundstück bereits besteht.“ dpa

LNG

Terminal fällt nach Brand aus

Quintana. Die für den Export von US-Flüssiggas wichtige LNG-Großanlage des Terminalbetreibers Freeport in Texas bleibt nach einem Brand bis auf Weiteres stillgelegt. Die zuständige Aufsichtsbehörde der US-Regierung stellte fest, dass der Betrieb ohne weitere Korrekturmaßnahmen ein Risiko für die öffentliche Sicherheit darstelle. Die Anlage im texanischen Quintana hat laut Analysten eine besonders große Bedeutung für den Export von Flüssiggas nach Europa. dpa



Streik sorgt für leere Geldautomaten

Manche Geldautomaten dürften vorübergehend kein Geld ausspucken: Die Gewerkschaft Verdi hat bundesweit Geldboten zu befristeten Arbeitsniederlegungen aufgerufen, die die Maschinen mit Bargeld befüllen. Foto: G. Carlucci

Lichtblick für Maschinenbau

Frankfurt/Main. Die Auftragsbücher der deutschen Maschinenbauer haben sich nach Zurückhaltung der Kunden in den Vormonaten im Mai kräftig gefüllt. Bereinigt um Preiserhöhungen (real) übertraf der Orderzugang das Niveau des Vorjahresmonats um 13 Prozent, wie der Maschinenbauverband VDMA mitteilte. Die Inlandsbestellungen stiegen um 6 Prozent, die Aufträge aus dem Ausland sogar um 16 Prozent. Besonders kräftig war das Plus aus dem Euro-Raum mit 33 Prozent.

Im baden-württembergischen Maschinenbau lag der Auftrags-

zugang um 3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Dazu trug insbesondere ein Auslandsminus von 5 Prozent bei (Nicht-Euro-Länder: minus 11 Prozent, Euro-Partnerländer: plus 12 Prozent). Das Inland kam über ein Nullwachstum nicht hinaus.

„Der Mai ist ein Lichtblick in herausfordernden Zeiten“, sagte VDMA-Konjunkturexperte Olaf Wortmann. Die Orderbücher vieler Unternehmen sind gut gefüllt. Wegen Lieferengpässen und Materialmangels können die Bestellungen allerdings oft nicht in dem gewohnten Tempo abgearbeitet werden. dpa

Stau durch Robotaxis

Ausgefallene Robotaxis haben eine Straße in San Francisco blockiert. Ein Fehler habe dazu geführt, dass sich die Fahrzeuge an einem Ort versammelt hätten, sagte ein Sprecher der Betreiberfirma Cruise.

BGH vor Urteil

Der BGH entscheidet zur Gebäudeversicherung in Eigentümergemeinschaften. Es geht um die Frage, ob die Kosten für Schäden in einzelnen Wohnungen auf alle Eigentümer umgelegt werden dürfen, wenn die Versicherung nur einen Teil übernimmt. Die Richter tendieren dazu, diese Praxis für rechtmäßig zu erklären.